

Klimanotstand in Düsseldorf

Mit der Umsetzung hapert es

Der Jugendrat der Stadt hat einen Antrag an den Rat formuliert, in dem er die Ausrufung des Klimanotstandes gefordert hat. Das wurde aufgegriffen, im Rat diskutiert und positiv verabschiedet.

Danach soll Düsseldorf bereits 2035 klimaneutral sein. Bisher wurde 2050 angestrebt. Alle neuen Maßnahmen müs-

notstandes abgelehnt haben. Zum einen wurde argumentiert, dass es sich bei dem Beschluss um Symbolpolitik handle, die weiter keine Auswirkung habe. Man solle doch stattdessen real Umweltpolitik betreiben. Dazu hat die FDP als Mitglied der Ampel-Mehrheit im Rat genügend Gelegenheit gehabt. Auf der anderen Seite

Nachdem der Klimanotstand ausgerufen ist, muss man kritisch untersuchen, wie der Rat und die Fraktionen mit dem Beschluss umgehen. Zurzeit ist der Umbau des Messeparkplatzes zu einem Open-Air-Gelände in der Diskussion. Obwohl vorgesehen ist, dass jede Planung auch unter dem Aspekt der Auswirkungen auf das Klima betrachtet werden soll, spielt das bei dem Gelände keine Rolle.

Die Planung wird zurzeit der Bevölkerung vorgelegt. CDU, SPD, FDP und Grüne treten vehement für das Open-Air-Gelände ein. Die Grünen feiern sich sogar dafür, dass jetzt „nur noch“ 60 Bäume gefällt werden müssen.

DIE LINKE ist die einzige Fraktion, die sich von Anfang an gegen das Projekt ausgesprochen hat. Deshalb haben wir in der Ratssitzung im September beantragt, die Planung einzustellen. Grund ist, dass das Projekt den Zielen entgegensteht, die in Verbindung mit dem Klimanotstand realisiert werden sollen. Alle anderen Fraktionen lehnten den Antrag ab.

Es müssen endlich wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um Klima und Umwelt zu schützen. Dafür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen, sonst bleibt es tatsächlich nur bei Symbolpolitik.



Die Jugend fordert ihre Zukunft ein

Foto: © R(h)einblick

sen jetzt auf ihre Klimaverträglichkeit geprüft werden.

Die Diskussion um den Klimanotstand war teilweise grenzwertig. Dabei taten sich die CDU und besonders die FDP hervor, die beide die Ausrufung des Klima-

behauptete die FDP, dass die Ausrufung eines Notstandes tiefe Eingriffe in das Eigentumsrecht der Einwohnerinnen und Einwohner ermögliche und dass das abzulehnen sei. Dies ist mit den Festlegungen des Beschlusses gar nicht möglich.